

# Jahresbericht 2022 Rapport annuel 2022



Nr. 13 der Schriftenreihe der FDP.Die Liberalen Herausgegeben vom Generalsekretariat, Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

Publication n°13 du PLR.Les Libéraux-Radicaux Suisse Éditée par le Secrétariat général, Neuengasse 20, Case postale, 3001 Berne

#### Nota Bene:

Der Jahresbericht 2022 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter <u>www.fdp.ch</u> als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2022 ne sera pas imprimé, mais disponible sur www.plr.ch sous la forme d'un document PDF.



1.	Für eine starke Schweiz sind liberale Lösungen notwendig	5
1.1.	Krieg gegen die Ukraine	5
1.2.	Energieversorgung	5
1.3.	Sicherheitspolitik	5
1.4.	Altersvorsorge	6
1.5.	Ausblick 2023	6
2.	Assemblées des délégués (ADD)	7
2.1.	Assemblée des délégués du 12 février 2022 à Montreux (VD)	7
2.2.	Assemblée des délégués du 25 juin 2022 à Andermatt (UR)	7
2.3.	Journée du PLR du 22 octobre 2022 à Berthoud (BE)	7
3.	Volksabstimmungen	8
3.1.	Kampagnen Februar	8
3.2.	Kampagnen Mai	8
3.3.	Kampagnen September	8
4.	Kantonale Wahlen / Parteipräsidentenkonferenzen / Sekretärenkonferenzen	9
4.1.	Kantonale Wahlen	9
4.2.	Parteipräsidentenkonferenzen	9
4.3.	Sekretärenkonferenzen	10
5.	Digital und Multimedia	11
5.1.	Personelles	11
5.2.	Cloud-Move	11
5.3.	CRM (Customer Relationship Management)	12
5.4.	Datenschutz	12
6.	Das parlamentarische Jahr 2022	13
6.1.	Frühlingssession - Session de printemps 28. Februar bis 18. März 2022	13
6.2.	Sondersession NR – Session spéciale du Conseil national 9. Mai bis 11. Mai 2022	14
6.3.	Sommersession – Session d'été 30. Mai bis 17. Juni 2022	15
6.4.	Herbstsession – Session d'automne 12. September bis 30. September 2022	16



6.5.	Wintersession – Session d'hiver 28. November bis 16. Dezember 2022	20
7.	Nahestehende Organisationen	21
7.1.	FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz	21
7.2.	FDP.Die Liberalen Service Public	23
7.3.	FDP International	24
3.	Anhang – Annexe	25
8.1.	Anhang A – Annexe A	25
8.2.	Anhang B – Annexe B	25
8.3.	Anhang C – Annexe C	25
8.4	Anhang D — Anneye D	26



# **Jahresbericht 2022**

# 1. Für eine starke Schweiz sind liberale Lösungen notwendig

Dr. Jon Fanzun, Generalsekretär FDP. Die Liberalen

Das Jahr 2022 markierte das Ende der Corona-Pandemie und gleichzeitig der Beginn des Ukraine-Krieges mit grossen Auswirkungen auch auf die Schweiz. Die FDP konnte hierbei wichtige Akzente setzen und hat insbesondere in der Sicherheitspolitik und in der Energieversorgung konstruktive Ideen eingebracht, um die Schweiz zu stärken. Auch in der Altersvorsorge positioniert sich die FDP als glaubwürdige Kraft. Mit dem Abstimmungssieg über die AHV 21 gelang ein grosser Erfolg. Die FDP hat die Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen und ist somit gut gerüstet für den Wahlkampf 2023.

## 1.1. Krieg gegen die Ukraine

Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich die Sicherheitslage in Europa am 24. Februar dramatisch verändert. Die FDP hat sich umgehend positioniert und noch am <u>Tag des Angriffs reagiert</u>. Die FDP hat die Invasion Russlands in die Ukraine aufs Schärfste verurteilt und ihre Sorge um die ukrainische Bevölkerung ausgedrückt. Zudem forderte die FDP die Schweiz auf, sich für eine Deeskalation einzusetzen und die Sanktionen auf Basis des Embargogesetzes mitzutragen. Eine unmittelbare Folge des Ukraine-Krieges war die tausenden Flüchtlinge, die in der Schweiz Zuflucht gesucht haben. Die FDP verlangte am <u>4. März</u>, dass ihnen unkompliziert Schutz gewährt werden soll. Die erstmalige Aktivierung des Schutzstatus S durch Bundesrätin Karin Keller-Sutter wurde durch die FDP begrüsst. Die internationalen Sanktionen gegenüber Russland wurden von der Schweiz grösstenteils mitgetragen, was auch im Sinne der FDP ist. Hingegen hat sich die FDP im Verlauf des Jahres 2022 gegen Alleingänge bei den Sanktionen gewehrt. So zum Beispiel gegen die Forderung der Linken, dass die Schweiz eigenständige Sanktionen verhängen soll. Insgesamt suchten rund 70'000 Ukrainerinnen Zuflucht in der Schweiz. Die unkomplizierte Aufnahme durch Justizministerin Karin Keller-Sutter war ein wichtiges Element der Ukraine-Hilfe. Aber auch die Hilfe vor Ort, unter der Verantwortung von Bundespräsident Ignazio Cassis, war eine notwendige Unterstützung der Ukraine. Die FDP hat das Engagement ihrer beiden Bundesräte am <u>8. November</u> entsprechend gewürdigt.

## 1.2. Energieversorgung

Eine sichere, emissionsarme und bezahlbare Energieversorgung ist eine zentrale Grundlage für Wirtschaft und Wohlstand in der Schweiz. Die FDP hat sich zum Jahresbeginn 2022 intensiv mit der Thematik befasst und an der Delegiertenversammlung am 12. Februar die Resolution «Weniger Polemik, mehr Strom» verabschiedet. Mit der Resolution zur Stromversorgungssicherheit setzt die FDP auf eine pragmatische Lösung, die die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Lebensqualität sicherstellt. Dafür ist ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien genauso nötig wie eine vollständige Strommarktöffnung. Zudem ist es zentral, dass in der einheimischen Stromproduktion Technologieneutralität herrscht. Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine hat das Thema Energieversorgung dramatisch an Bedeutung gewonnen. Die Vorschläge der FDP waren plötzlich hochaktuell. Klar wurde, dass ein starker Ausbau der Stromproduktion unumgänglich ist. Am 13. September reichte die FDP zwei Fraktionsvorstösse zum Thema ein. In der Herbstsession hat die FDP massgeblich mitgeholfen, die Weichen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien zu stellen. Zudem forderte die FDP den Erhalt bestehender Kernkraftwerke sowie die Planung eines neuen Grosskraftwerks und die Integration in den europäischen Strommarkt. Mit ihren klaren Positionen konnte die FDP in der Diskussion um eine sichere Stromversorgung Akzente setzen.

## 1.3. Sicherheitspolitik

Die Schweizer Armee wurde seit Ende des Kalten Krieges stetig verkleinert und musste verschiedene Sparprogramme umsetzen. Spätestens mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat sich die sicherheitspolitische Lage in Europa geändert. Auf die veränderte Sicherheitslage musste auch die Schweiz reagieren. Die FDP hat bereits am 28. Februar aufgezeigt, welche Massnahmen nötig sind: Verteidigungsausgaben und Verteidigungsfähigkeit erhöhen, F35- beschaffen und die Einsatzfähigkeit der Armee sicherstellen. Unabhängig vom Krieg gegen die Ukraine beschäftigte die Beschaffung der F-35 Kampfjets die Schweiz im Jahr 2022. Weil GSoA, SP und Grüne zuerst an ihrer Stop-F-35-Initiative festhielten, war die gesamte Beschaffung gefährdet. Die FDP hat sich deshalb am 9. März klar für die rasche Beschaffung der F-35 ausgesprochen. Mit der Verankerung in der Armeebotschaft hat der Ständerat am 2. Juni einen wichtigen Entscheid für die Beschaffung des F-35 gefällt und gleichzeitig den Volksentscheid von September 2020 gestärkt. In der



Sondersession des Nationalrats im Mai 2022 wurde zudem eine weitere wichtige Weichenstellung für die Sicherheit der Schweiz vorgenommen. Der Nationalrat entschied am <u>9. Mai</u>, die Armeeausgaben bis spätestens 2030 auf mindestens ein Prozent des BIP zu erhöhen. Diese Forderung wurde ursprünglich von Ständerat Thierry Burkart und Nationalrätin Maja Riniker in den jeweiligen sicherheitspolitischen Kommissionen eingebracht. Für die FDP war klar, dass die sicherheitspolitische Konstellation in Europa es mit aller Deutlichkeit aufzeigt, dass eine gut ausgerüstete und einsatzfähige Armee unverzichtbar ist. Ebenfalls klar ist, dass die Schweiz aus technologischen und finanziellen Gründen kaum in der Lage ist, sich autonom zu verteidigen. Die FDP war in diesen sicherheitspolitisch anspruchsvollen Zeiten gewillt, Verantwortung zu übernehmen. Mit dem <u>Forderungspapier Sicherheitspolitik</u>, das die Delegierten am <u>25. Juni</u> in Andermatt verabschiedet haben, stellte die FDP die Weichen für eine langfristig sichere Schweiz. Das Forderungspapier bildete im Anschluss die Grundlage für eine umfassende Studie (<u>Russlands Überfall auf die Ukraine: Ein Weckruf für die Sicherheitspolitik</u>), die von der FDP zusammen mit Partnern erarbeitet wurde und am <u>6. September</u> an einer Medienkonferenz in Bern vorgestellt wurde.

## 1.4. Altersvorsorge

Die Sicherung der Altersvorsorge für künftige Generationen gehört zu den wichtigsten Herausforderungen für die Schweiz und die FDP bietet dafür konstruktive Lösungen. Im Jahr 2022 konnte mit der Zustimmung zur Reform AHV 21 ein wichtiger Meilenstein erreicht werden. Bereits am 25. März hat sich eine breite Allianz, bestehend aus Vertreterinnen verschiedener politischer Parteien und verschiedener Wirtschaftsverbände, dem Referendum entgegen gestellt und sich für die Sicherung der Altersvorsorge eingesetzt. Mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die 2021 eingereicht wurde, liegt eine Lösung vor, die die AHV auf eine nachhaltig finanzierte Basis stellen würde. Bedauerlicherweise hat der Bundesrat am 22. Juni eine Botschaft zur Sicherung der AHV verabschiedet, die die Lösungsvorschläge der Renteninitiative nicht aufnahm. Mit dem Ja zur AHV 21 gelang am 25. September dank grossem Einsatz der FDP ein Meilenstein. Nach mehr als 25 Jahren Blockade kann das wichtigste Sozialwerk endlich stabilisiert, modernisiert und flexibilisiert werden, um den Entwicklungen von Gesellschaft und Arbeitsrealität besser zu entsprechen. Die Linke musste eine empfindliche Niederlage einstecken und wurde für ihre Blockadepolitik an der Urne bestraft. In der Wintersession 2022 lehnte der Nationalrat die linke Initiative für eine 13. AHV-Rente ab. Diese Initiative riskiert eine gefährliche Überbelastung der AHV. Wie die Zusatzausgaben finanziert werden sollen, ist völlig unklar. Die FDP lehnt diese Symbolpolitik ab und setzt sich für den Erhalt und die Stärkung unseres bewährten Drei-Säulen-Systems ein. Wir machen die Schweiz und die Renten stark!

## 1.5. Ausblick 2023

Das Jahr 2023 steht ganz im Zeichen der eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober. Die FDP hat dafür klare Ziele formuliert: Sitzgewinne in beiden Kammern und die SP als zweitstärkste Partei überholen. Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, braucht es grossen Einsatz von allen Freisinnigen. Die FDP wird einen engagierten Wahlkampf führen und setzt auf die Themen Wirtschaft/Wohlstand, zukunftsfähige Altersvorsorge und Sicherheit/Energieversorgung.

Ein weiterer wichtiger Termin ist die Abstimmung über die OECD-Steuerreform im Juni, die die FDP für sich entscheiden will. Wir wollen, dass das Geld in der Schweiz bleibt. Die FDP kann sich hierbei an vorderster Front für den Standort Schweiz einsetzen und ihr Profil als Wirtschaftspartei schärfen. Ebenfalls zur Abstimmung kommt das Klimaschutz-, Innovations- und Energiesicherheitsgesetz (Gegenvorschlag Gletscherinitiative). Die FDP hat die Vorlage im Parlament unterstützt und die Parteipräsidentenkonferenz hat eine Ja-Empfehlung abgegeben. Die Parolenfassung durch die Delegierten findet im Mai 2023 statt. Weiterhin aktuell bleibt die Sicherung der Altersvorsorge als eine der drängendsten Herausforderungen für die Schweiz. Die FDP wird sich insbesondere im Parlament für nachhaltige Lösungen einsetzen und hat mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen ein wirksames Instrument, um die Renten künftiger Generationen zu sichern.



# 2. Assemblées des délégués (ADD)

#### Arnaud Bonvin, chef de la communication

L'année 2022 a été l'occasion de se réunir à deux reprises pour une Assemblée des délégués (en février à Montreux et en juin à Andermatt) et de fêter notre partie lors de la Journée du PLR qui a eu lieu le 22 octobre à Berthoud dans le canton de Berne.

## 2.1. Assemblée des délégués du 12 février 2022 à Montreux (VD)

À Montreux, les 280 délégués présents ont adopté une <u>résolution</u> sur la sécurité de l'approvisionnement en électricité ainsi qu'un <u>papier de position</u> relatif aux infrastructures. En outre, les délégués ont également émis, en présence du président de la Confédération Ignazio Cassis et de la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter, les recommandations de vote concernant la contribution de la Suisse à Frontex (oui), la Lex Netflix (non) ainsi que la réforme AVS 21 (oui). La veille, la Conférence des présidents de partis (CPP) s'était prononcée en faveur de la loi sur la transplantation.

Décisions de l'Assemblée des déléqués :

- Contribution de la Suisse à Frontex : 335 oui ; 6 non ; 2 abstentions

Lex Netflix: 53 oui; 275 non; 10 absentions

Réforme AVS 21 : 217 oui ; 2 non ; 0 abstention

Décision de la Conférence des présidents de partis (CPP) (pas soumise à l'ADD) :

- Loi sur la transplantation : 26 oui ; 0 non ; 2 abstentions

## ► Revoir l'Assemblée

## 2.2. Assemblée des délégués du 25 juin 2022 à Andermatt (UR)

L'Assemblée des délégués du mois de juin était placée sur les thèmes de l'Europe, de la sécurité et de la migration. Les près de 300 délégués présents ont décidé d'adopter un papier de position sur la politique <u>européenne</u>, ainsi que des documents de revendications sur la politique de <u>sécurité</u> et <u>migratoire</u>. En présence du président de la Confédération Ignazio Cassis et de la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter, les délégués ont également dit oui à la réforme de l'impôt anticipé et non à l'initiative « Stop F-35 ». Conformément aux statuts, la réélection du Comité directeur du parti était également soumise au vote. Les délégués ont élu par acclamations, et ainsi réaffirmé leur confiance, à l'équipe dirigeante qui a fait ses preuves.

Décisions de l'Assemblée des délégués :

- Réforme de l'impôt anticipé : 251 oui ; 3 non ; 1 abstention
- Initiative « Stop F-35 »: 1 oui; 236 non; 2 abstentions
- Réélection par acclamations des membres du Comité directeur

## ► Revoir l'Assemblée

## 2.3. Journée du PLR du 22 octobre 2022 à Berthoud (BE)

À une année des élections fédérale, le PLR est prêt pour une campagne électorale réussie. Grâce à deux initiatives populaires fédérales déposées au cours des dix-huit derniers mois et des résultats prometteurs lors des dernières élections cantonales, notre parti a le vent en poupe. À l'occasion de cette journée, notre président Thierry Burkart a appelé les près de 900 libéraux-radicaux présents à se battre pour la liberté, la cohésion et l'innovation et à gagner ensemble les élections fédérales de 2023. De nombreux orateurs se sont présentés à la tribune pour rappeler l'importance des idées libérales, dont l'ancien conseiller fédéral Kaspar Villiger. En outre, les délégués ont élu Alessandra Gianella comme nouvelle vice-présidente du PLR Suisse.

## ► Revoir la Journée du PLR

#### Décision:

- Élection à l'unanimité de la chef de groupe tessinoise Alessandra Gianella comme nouvelle vice-présidente du PLR Suisse



# 3. Volksabstimmungen

## Roberto Ramphos, Kampagnenleiter

## 3.1. Kampagnen Februar

Stempelabgaben – Niederlage FDP

Mediengesetz – Sieg FDP

Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative – Sieg FDP

Tabakwerbeverbotsinitiative – Niederlage FDP

Der Februar startete gleich mit vier Volksabstimmungen. Der Fokus lag bei der FDP auf dem Gesetz zur Abschaffung der Stempelabgaben. Der Lead lag dabei beim sgv. Die FDP engagierte sich vor allem mit digitalen Kampagnenprodukten und Wildplakaten. Bei der Tabakwerbeverbotsinitiative und dem Mediengesetz standen digitale Produkte im Fokus, wobei ein zusätzlicher Effort auf Leserbriefe zur Unterstützung des Mediengesetzes geleistet wurde.

## 3.2. Kampagnen Mai

Frontex-Schengen – Sieg FDP Transplantationsgesetz – Sieg FDP Filmgesetz – Niederlage FDP

Im Mai standen drei Abstimmungen an. Beim Transplantationsgesetz lag der Lead bei furrerhugi. Die FDP engagierte sich vor allem mit digitalen Kampagnenprodukten. Der Fokus lag bei der FDP klar auf der Weiterentwicklung von Frontex-Schengen, wobei die FDP eine Führungsposition in der economiesuisse-Kampagne einnahm und mithilfe von Flyer, Wildplakaten und einer engagierten Testimonialkampagne zum Gewinn der Vorlage beitrug. Beim Filmgesetz unterstützte die FDP die Jungfreisinnigen-Kampagne unter anderem mit zahlreichen digitalen Produkten sowie Leserbriefen.

## 3.3. Kampagnen September

Zusatzfinanzierung der AHV – Sieg FDP AHV21 – Sieg FDP Massentierhaltungsinitiative – Sieg FDP Verrechnungssteuer – Niederlage FDP

Das wichtigste innenpolitische Geschäft der aktuellen Legislatur kam im September an die Urne. Die FDP hatte bei den beiden AHV-Vorlagen die strategische und operative Führung der Dachkampagne inne und erreichte in einem emotionalen und umstrittenen Abstimmungskampf einen doppelten Erfolg. Nach 25 Jahren wurde damit erstmals wieder eine substanzielle Reform bei der Altersvorsorge von der Bevölkerung angenommen. Die FDP selbst engagierte sich an vorderster Front für die Vorlagen und hat massgeblich für die mediale Sichtbarkeit des Ja-Lagers gesorgt. Auch dank einer engagierten digitalen Kampagne sowie Flyer, Wildplakaten und Standaktionen hat die FDP mit dem grössten Ja-Stimmenanteil entscheidend zum Erfolg der AHV21 beigetragen. Daneben hat sich die FDP auch in der sbv-Kampagne zur Ablehnung der Massentierhaltungsinitiative mit vielfältigen digitalen Produkten engagiert. Auch in der Kampagne von economiesuisse zur Abschaffung der Verrechnungssteuer hat sich die FDP unter anderem mit Testimonials und Leserbriefen beteiligt.



# 4. Kantonale Wahlen / Parteipräsidentenkonferenzen / Sekretärenkonferenzen

## Adrian Michel, Wahlkampf- und Netzwerkleiter

## 4.1. Kantonale Wahlen

Im Jahr 2022 fanden in folgenden Kantonen Wahlen statt (in chronologischer Reihenfolge): Nidwalden, Obwalden, Waadt, Bern, Glarus, Graubünden und Zug.

In Nidwalden konnte der bisherige Regierungsrat Joe Christen seinen Sitz verteidigen, der Sitz des abtretenden Regierungsrates Alfred Bossard ging an die neu auftretende GLP verloren. Auch in der Legislative hat man die neue GLP gespürt. Dort verlor die FDP einen Sitz, trotzdem verbleibt sie stärkste Kraft im Landrat. In Obwalden gewann die FDP zwar in der Legislative beachtliche drei Sitze, verlor jedoch ihren einzigen Regierungsratssitz von Maya Büchi-Kaiser an die Mitte. Grund dafür war eine starke Kampagne gegen die Vorsteherin des Gesundheits- und Finanzdepartements. In der Waadt gewann die FDP trotz Prozentverlusten einen Sitz dazu und belegt nun exakt einen Drittel der Legislativsitze des Kantons. Im Regierungsrat gelang es, dass dank einer guten bürgerlichen Zusammenarbeit eine SP-Regierungsrätin abgewählt wurde und ihr Sitz in die Hände der jungen Deutschschweizerin Valérie Dittli aus der Mitte fiel, deren Partei notabene nur einen Sitz in der Legislative hat. Die FDP konnte die drei der sieben Sitze halten und besetzt diese mit Christelle Luisier Brodard und neu den ehemaligen Nationalratsmitgliedern Isabelle Moret und Frédéric Borloz. Der Sitz von Philippe Müller konnte im Kanton Bern erfolgreich verteidigt werden, während im Grossen Rat zwei Sitze als Verlust verzeichnet werden mussten. Im Bündnerland fand ein Wahlsystemwechsel statt, weshalb die FDP dort neun Sitze einsparen musste. Im Regierungsrat konnte der Sitz des abtretenden Christian Rathgeb erfolgreich durch Martin Bühler verteidigt werden. Im Kanton Zug verteidigten die bisherigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber ihre Sitze erfolgreich. In der Legislative konnte ein Sitz dazugewonnen werden.

Insgesamt war das Jahr 2022 für die FDP erfolgreich. Der Trend in den kantonalen Wahlen sowie in den Umfragen ist positiv. Es gilt nun, diesen Trend in konkrete Resultate umzusetzen. Wir machen die Schweiz stark.

## 4.2. Parteipräsidentenkonferenzen

Im Berichtsjahr hat die Parteipräsidentenkonferenz (PPK) sieben Mal getagt. Im Zentrum standen die organisatorische und strategische Ausrichtung für das Wahljahr 2023, die Individualbesteuerungsinitiative, die Stromversorgungssicherheit, die Statutenänderung, die Transparenzgesetzgebung sowie die Fassung von Abstimmungsparolen bzw. deren Empfehlung zuhanden der Delegiertenversammlung. Zudem wurden durch das Ende 2021 neu gewählte Präsidium inhaltliche Akzente neu gesetzt. So wurden im Jahr 2022 fünf Positionspapiere bzw. Forderungspapiere zu den Themen Europapolitik, Infrastrukturen, Gesundheitskosten, Migrations- und Sicherheitspolitik in der Parteipräsidentenkonferenz beraten.

## 4.2.1. Parolenfassungen

Die PPK hat verschiedene Abstimmungsparolen gefasst. Folgende Parolen wurden von der PPK beschlossen:

- Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Lex Netflix)
- Ja zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU (Frontex)
- Ja zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 21)
- Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)
- Nein zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»
- Ja zur Reform der Verrechnungssteuer
- Nein zur Volksinitiative «Stop F-35» (Initiative wurde zwischenzeitlich zurückgezogen)

## 4.2.2. Individualbesteuerungsinitiative

Die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung der FDP Frauen hatte Anfang Jahr noch ihre Schwierigkeiten, doch durch einen verstärkten Einsatz und auch der Verständigung über eine Unterschriftsquote pro Kanton in der PPK konnte die Initiative am 9. September 2022 eingereicht und zustande gebracht werden. Ein grosser Erfolg für die FDP Frauen und die FDP.



## 4.2.3. Wahlen Präsidium, Beisitz, Schiedskommission und Vorstandsvertretung

Im Hinblick auf die Delegiertenversammlung im Juni empfahl die PPK einstimmig die Wiederwahl des Präsidiums, des Vizepräsidiums und des Beisitzes des nationalen Vorstandes sowie die Wahl der neuen Schiedskommission. An der Delegiertenversammlung am 25. Juni 2022 in Andermatt wurden Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart (AG) sowie die amtierenden Vizepräsidenten Ständerat Andrea Caroni (AR), Nationalrat Philippe Nantermod (VS), Nationalrat Andri Silberschmidt (ZH) und Vizepräsidentin Ständerätin Johanna Gapany (FR) wiedergewählt. Auch die aktuellen Beisitzer Nationalrat Alex Farinelli (TI) und Ständerat Philippe Bauer (NE) wurden wiedergewählt. Die Schiedskommission wurde ebenfalls in ihrer neuen Zusammensetzung bestätigt. Am Tag der FDP am 22. Oktober 2022 in Burgdorf wurde zusätzlich Alessandra Gianella, Fraktionspräsidentin FDP Tessin, als fünftes Mitglied ins Vizepräsidium gewählt.

Im Juni wählte die PPK zudem Marc-Olivier Buffat aus der Waadt als Nachfolge von Bertrand Reich, Genf, als kantonale Vertretung der lateinischen Schweiz in den nationalen Vorstand. Als Nachfolge von Michael Mandl, abtretender Fraktionssekretär, wurde Adrian Michel, Wahlkampf- und Parteinetzwerkleiter, als stellvertretender Generalsekretär gewählt.

#### 4.2.4. Anpassungen Delegiertenverteilschlüssel

Nach jahrelangen Diskussionen in den Parteipräsidenten- und Sekretärenkonferenzen gelang es, sich auf eine Neuorganisation des Delegiertenverteilschlüssels zu einigen. Die Delegiertenversammlung am 25. Juni 2022 entschloss sich den bisherigen Verteilschlüssel dahingehend anzupassen, dass von nun auch Ständeratsmandate zusätzlich zu den Nationalratsmandaten ausschlaggebend sind für die Mandatsdelegierten.

## 4.3. Sekretärenkonferenzen

Im Jahr 2022 hat die Sekretärenkonferenz (SK) fünf Mal getagt. Die Sitzungen fanden teils physisch, teils online statt. Die physischen Sitzungen wurden mit Workshops und anschliessenden gemeinsamen Abendessen aufgelockert. Im Zentrum standen dieses Jahr die Unterschriftensammlung für die Individualbesteuerungsinitiative sowie ihre Einreichung, Konzepte zur Kampagnenplakatierung sowie zur Wahlkampforganisation 2023. Besonders zu bemerken ist, dass die Sekretärenkonferenz an ihrer letzten Sitzung im November für die kantonalen Wahlkampfleitenden bis nach den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 geöffnet wurde.

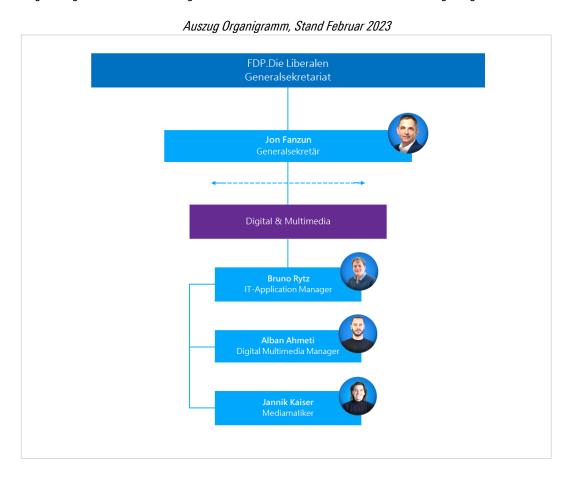


# 5. Digital und Multimedia

Bruno Rytz, IT-Application Manager und Datenschutzbeauftragter

## 5.1. Personelles

Im Team Digital und Multimedia findet eine Erneuerung statt. Kenny Käch (IT-Application Manager) und Maxime Jobin (Mediamatiker), haben das Team Digital und Multimedia Ende 2022 verlassen. Alban Ahmeti (Digital Marketing Manager) verlässt das Team auf Ende April 2023. Neu hinzugekommen sind Jannik Kaiser (Mediamatiker) und Bruno Rytz (IT-Application Manger). Es ist geplant, die Funktion Digital Marketing Manager neu zu besetzen. Organisatorisch ist das Team seit Februar 2023 wie folgt aufgestellt:



## 5.2. Cloud-Move

Die 2021 angestossene Verschiebung in die Cloud darf Ende 2022 als abgeschlossen betrachtet werden. Projektseitig gibt es keine offenen «Major-Milestones» mehr.

Es ist erstaunlich, wie gut dieser grosse Schritt durch die Belegschaft des Generalsekretariats adaptiert wurde. Die neuen Primär-Services (Teams, OneDrive, Sharepoint Online) werden gut genutzt und können als etabliert bezeichnet werden.

Die Partnerschaft mit dem IT-Infrastruktur-Partner smart dynamic ist solide und gut. Im Bereich Kosten-Effizienz muss auf Seiten Generalsekretariat kontrolliert werden, dass keine unnötigen Aktivitäten an den Partner delegiert werden, jede zusätzliche Aktivität des Partners hat eine Kostenfolge. Dieser Punkt wird gut kontrolliert, Abrechnungen und Aktivitäten des Partners werden regelmässig überprüft.



# 5.3. CRM (Customer Relationship Management)

#### 5.3.1. Das neue CRM der FDP.Die Liberalen

Der CRM-Bereich wird derzeitig weiterentwickelt und ausgebaut. Zurzeit wird das neue, auf Odoo (odoo.com) FDP.Die Liberalen CRM erst für einzelne spezifische Aktivitäten, wie z.B. für Mailingversand genutzt. Das Jahr 2023 wird zeigen, inwieweit die Weiterentwicklung für zusätzliche Aktivitäten genutzt werden kann. Im Bereich Schulung, Einsatz und Prozesse sind 2023 tiefere Anstrengungen nötig, um das System mit den integrierten Weiterentwicklungen umfassender für die FDP.Die Liberalen Schweiz zu nutzen, speziell auch im Hinblick auf die Wahlen 2023. Die Grundlagen dieser Geschäftsanwendung sind gut und umfassend, Odoo basiert auf open-source Software, wird laufend weiterentwickelt und ist modular aufgebaut, was einige Vorteile mit sich bringt.

### 5.3.2. Zukunft

Ein direkter, disruptiver Umstieg von Addressix auf das neue FDP CRM über sämtliche Organisationsebenen der FDP.Die Liberalen Schweiz hinweg ist ein grosses Projekt, welches voraussichtlich nicht vor Herbst 2023 oder Anfang 2024 gestartet werden kann.

Als erster Schritt in diese Richtung ist die Erstellung einer Machbarkeitsstudie (Proof of Concept) und eine Projekt-Umfanganalyse. Diese Voranalysen werden (intern, keine Zusatzkostenfolge) in naher Zukunft angegangen, erste Ergebnisse sind ab Herbst 2023 zu erwarten.

## 5.4. Datenschutz

Die Datenschutzrichtlinien auf den primären FDP-Webseiten wurden im Januar 2023 überarbeitet und aktualisiert.

## 5.4.1. Neues Datenschutzrecht ab 1. September 2023

Das totalrevidierte Datenschutzgesetz und die Ausführungsbestimmungen in der neuen Datenschutzverordnung treten per 1. September 2023 in Kraft.

Erste Analysen zu den Änderungen finden derzeit statt. Die Auswirkungen auf Partei-Organ-Ebene und allenfalls Wahlkampforganisationen sind noch nicht eindeutig geklärt. Siehe auch Webseite EDÖB, Leitfaden zu Wahlen und Abstimmungen:

Leitfaden zu Wahlen und Abstimmungen (admin.ch)



# 6. Das parlamentarische Jahr 2022

#### Christian Steiner, Fraktionssekretär

## 6.1. Frühlingssession - Session de printemps 28. Februar bis 18. März 2022

#### 6.1.1. Eine Session im Schatten des Kriegs gegen die Ukraine

Der russische Angriff auf die Ukraine hat unbestritten die ganze Frühlingssession überschattet und alles andere in den Hintergrund gerückt. Diese eklatante Verletzung des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines demokratischen Landes hat die ganze Schweizer Politik erschüttert. Von einem Tag auf den anderen wurde das ganze Sicherheitsgefüge in Europa und die freiheitliche Nachkriegsordnung in Frage gestellt. Die FDP hat richtigerweise sofort ihre Sorge um die Menschen in der Ukraine bekundet und das militärische Vorgehen der russischen Regierung aufs Schärfste verurteilt.

Wie so oft in Krisensituationen ist man im Schweizer Parlament zuerst etwas hilflos, da es kaum Handlungsspielraum gibt. Ziemlich genau zwei Jahre nach dem Sessionsabbruch aufgrund der Corona-Pandemie musste das Parlament erneut zuschauen, wie sich international die Lage auf einen Schlag veränderte. Ob die Erklärung im Nationalrat, die dringlichen Debatte in beiden Räten oder die ausserordentliche Session zum UNO-Sicherheitsrat wirklich einen Mehrwert bringen, darf berechtigterweise in Frage gestellt werden. Doch sie sind Ausdruck davon, dass es zumindest im Grossteil des Parlamentes eine ehrliche, gemeinsame Anteilnahme gab, die man mit Nachdruck gegen aussen aufzeigen wollte.

Trotz dem Ende der Frühlingssession wird der Krieg gegen die Ukraine den Parlamentsbetrieb weiterhin prägen. So ist bereits jetzt klar, dass die zuständigen Kommissionen bereits im anstehenden Quartal über die wichtige Armeebotschaft 2022 beschliessen werden. Diese ist zentral für die rasche Beschaffung des neuen Kampfjets sowie der bodengestützten Luftabwehr. Eine Vorlage, die bereits ohne den Krieg in der Ukraine viel politische Aufmerksamkeit erhalten hätte, aber nun umso mehr im Zentrum des öffentlichen Interesses steht. Die FDP wird wie bereits beim Ausbruch des Konflikts eine führende Rolle übernehmen und sich dafür einsetzen, dass die Linken mit ihrer Sammlung zur Volksinitiative «Stop F-35» keinen Erfolg haben werden. Denn diese eigentliche Durchsetzungsinitiative hat keinerlei aufschiebende Wirkung und beweist viel mehr, wie wenig direktdemokratisches Verantwortungsbewusstsein die linken Parteien an den Tag legen.

Zumindest hat der Ukraine-Konflikt in diesem Kontext etwas Positives bewirkt und die Prioritäten bei allen Parteien etwas zurecht gerückt. Denn wenn man darüber beschliessen muss, wie die Sicherheit des eigenen Landes für die nächsten Jahrzehnte gewährleistet werden kann, bekommen politische Entscheidungen auch das Gewicht, das sie verdienen. Trotzdem ist es natürlich auch wichtig, dass sich der Nationalrat wohl schon in der Sondersession darüber den Kopf zerbrechen wird, ob für Monatshygieneartikel ebenfalls ein reduzierter Mehrwertsteuersatz gelten soll oder nicht...

#### 6.1.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

## 22.3249 Mo. Fraktion RL (Sprecherin NR Schneeberger). Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft

## Text

Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung einen Erlassentwurf vorzulegen, mit dem der Bund befristet ein Entlastungspaket z.B. über die Mineralölsteuer auf Treib- und Brennstoffen einführt. Dieses soll nicht zu Lasten der gebundenen Ausgaben ausfallen, sondern aus der allgemeinen Bundeskasse gespiesen werden.

#### Begründung

Als Folge des Ukraine-Konflikts sind die Treib- und Brennstoff-Preise innerhalb sehr kurzer Zeit stark angestiegen. Die Mehrkosten belastet insbesondere die Bevölkerung im Strassenverkehr und bei den Heizkosten. Das gilt selbstverständlich auch für viele Unternehmen in diversen Branchen, die weiterhin von fossilen Treib- und Brennstoffen abhängig sind. Sollte der Konflikt und deren Folgen noch lange andauern, ist mit gravierenden Folgen für die Bevölkerung und die Wirtschaft in der Schweiz zu rechnen. Damit in dieser ausserordentlichen Ausgangslage rasch gehandelt werden kann, wird der Bundesrat aufgefordert, ein befristetes Entlastungspaket zu beschliessen. Dieses kann z.B. bei der Mineralölsteuer auf Treib- und Brennstoffen oder beim Berufskostenabzug ansetzen. Da es sich um ein befristetes Paket mit kurzer Laufzeit handelt, soll es nicht zu Lasten der gebundenen Ausgaben ausfallen, sondern aus der allgemeinen Bundeskasse gespiesen werden.



#### 22.1003 DA Fraktion RL (Sprecherin NR de Quattro). Auswirkungen des Frontex-Referendums

#### Text

Das sogenannte "Frontex-Referendum" ist zustande gekommen. In der Öffentlichkeit werden unterschiedliche Aussagen zu den möglichen Konsequenzen der anstehenden Volksabstimmung gemacht. Darum braucht es eine dringliche Klarstellung:

- Welche unmittelbaren Konsequenzen drohen der Schweiz bei einer Ablehnung der Vorlage?
- Inwiefern würde sich eine Annahme des Referendums auf unsere Beziehungen zur Europäischen Union auswirken?
- Hätte ein Nein zur Frontex-Vorlage Konsequenzen für die Sicherheit bzw. im Migrationsbereich in der Schweiz?
- Welche Vorteile bringt uns (und Europa) Frontex im Kontext des aktuellen Ukraine-Krieges?

### 22.3047 D.Ip. Fraktion RL (Sprecher NR Cottier). Lehren aus dem Ukraine-Konflikt für die Schweiz ziehen

#### Text

Der Krieg in der Ukraine stellt eine Zäsur für die Sicherheitspolitik in Europa dar. Es stellen sich darum unmittelbar diverse Fragen zu den finanziellen und personellen Ressourcen sowie zur Einsatzbereitschaft der Armee. Hinzu kommen die weiteren möglichen Konsequenzen in anderen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft. Aufgrund der unmittelbaren Herausforderung für die Schweiz wird der Bundesrat gebeten, folgende Fragen dringlich zu beantworten:

- 1. Wie schätzt der Bundesrat die aktuelle sicherheitspolitische Lage ein?
- 2. Welche Schlussfolgerungen leitet der Bundesrat daraus für die schweizerische Sicherheitspolitik ab?
- 3. Ist der Bundesrat bereit, die Verteidigungsausgaben substanziell zu erhöhen?
- 4. Unter welchen Umständen ist der Bundesrat gewillt, so rasch wie möglich die Aufstockung der Anzahl der Angehörigen der Armee zu vollziehen? Sieht der Bundesrat ebenfalls den Bedarf, mittelfristig den Soll-Bestand der Armee noch weiter zu erhöhen?
- 5. Gedenkt der Bundesrat, die Einsatzbereitschaft der Armee durch Übungen zur Mobilmachung zu überprüfen?
- 6. Was bedeutet der Konflikt für die Energieversorgungssicherheit der Schweiz (Brenn- & Treibstoffe, Strom etc.)?
- 7. Inwiefern ist mit grossen Migrationsströmen für die Schweiz zu rechnen? Wie weit sind die Kantone und Gemeinden für eine allfällige Aufnahme vorbereitet?
- 8. Wie schätzt der Bundesrat die Bedrohung im Cyber-Bereich im Kontext des Ukraine-Konflikts ein? Sind Aktivitäten gegen digitale Infrastrukturen in der Schweiz festzustellen? Welche Konsequenzen sind mit Blick auf die nationale Cyber-Strategie zu ziehen?
- 9. Mit welchen Folgen für die Schweizer Volkswirtschaft ist aufgrund der Sanktionen und der instabilen Lage in Europa zu rechnen?
- 10. In welchen anderen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft geht der Bundesrat von Konsequenzen für die Schweiz aus?

# 6.2. Sondersession NR – Session spéciale du Conseil national

9. Mai bis 11. Mai 2022

#### 6.2.1. In der Kürze liegt die Würze

Auch wenn das genannte Sprichwort oft seine Gültigkeit hat, wird diese Sondersession höchstwahrscheinlich weniger dafür in Erinnerung bleiben. Ganz in ihrem ursprünglichen Sinne diente die Sondersession 2022 im Nationalrat primär der Arbeit in den Dossiers und zugunsten des Abbaus von hängigen Geschäften. Wie der kurze Sessionsbericht aufzeigt, ging es dabei primär um eher technische Vorlagen, die mit einigen Ausnahmen wenig öffentliche Wahrnehmung generierten.

Mehr Aufmerksamkeit erhält hingegen weiterhin der Krieg in der Ukraine, der auch die Schweizer Politik stark beschäftigt und noch beschäftigen wird. In diesem Kontext wurde in dieser kurzen Sondersession, der wohl weitreichendste Entscheid gefällt. Denn mit der Annahme der Motion der sicherheitspolitischen Kommission zugunsten der Aufstockung des Armeebudgets wurde ein Beschluss gefasst, der sehr nachhaltige Auswirkungen auf die Schweiz haben wird. Die Zustimmung ist einerseits ein klares Bekenntnis zugunsten einer Stärkung der Schweizer Armee und der Sicherheitspolitik als Ganzes in den kommenden Jahren. Andererseits hat sie auch finanzpolitische Konsequenzen, die nicht von der Hand zu weisen sind. Gerade bei den ungebundenen Ausgaben setzt man mit diesem Entscheid ein klares und gerechtfertigtes Zeichen zugunsten der Armee, die vor allem in den vergangenen Jahren kaum von



Budgetaufstockungen profitieren konnte, obwohl die Bundeseinnahmen stetig angewachsen sind. Mit Blick auf die bereits vor der Tür stehende Sommersession Ende Mai ist das aber wohl erst ein Vorgeschmack.

# 6.3. Sommersession – Session d'été 30. Mai bis 17. Juni 2022

#### 6.3.1. Eine «ausserordentliche» Sommersession

«Ausserordentlich» wird in der Politik gerne und fast schon inflationär benutzt. Denn solange ausserordentliche Umstände herrschen, braucht es auch ausserordentliche Massnahmen. Ein Türöffner für allerlei politische Anliegen, die eigentlich schon lange umgesetzt werden sollten und dazu dienen, um in Aktivismus zu verfallen. Um nicht falsch zu verstanden zu werden: Beispielsweise der Krieg in der Ukraine ist als «ausserordentlich» zu verstehen und benötigt entsprechende Massnahmen von Bundesrat und Parlament, damit u.a. den flüchtenden Personen unkompliziert Hilfe geboten werden kann. Nur wurden diese Massnahmen bereits mehrheitlich umgesetzt.

Diese Sommersession war aber nicht ausserordentlich, weil enorm viel weltbewegende Entscheide gefällt wurden. Obwohl aufgrund der in dieser Session beschlossenen, neuen Subventionen im Umfang von mehreren Milliarden Franken wäre das Prädikat «aussergewöhnlich» spendabel durchaus angebracht. Nein, die Sommersession wurde leider wieder einmal dazu genutzt, um ausserordentlich viel Leerlauf zu produzieren. Unter dem Deckmantel von «ausserordentlichen» Umständen haben die Polparteien z.B. mehrere ausserordentliche Sessionen einberufen: Einerseits zum Thema Sperrung von Oligarchen-Vermögenswerten, andererseits zum Thema Entlastungsmassnahmen zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft. Diese versteckten «Mini»-Sessionen während einer laufenden Session wären eigentlich dazu gedacht, unter besonderen Umständen einberufen zu werden. Leider werden sie sowohl von der SVP wie auch der SP für das Agenda-Setting missbraucht. Das Resultat: Seit Beginn der Corona-Pandemie vergeht kaum eine Session ohne eine «ausserordentliche» Session. Und wie bisher war der Output auch in diesem Fall eher überschaubar, um es nett zu formulieren. Denn von den zugrundeliegenden 14 Vorstössen wurde trotz mehrstündigen Debatten in beiden Räten nur ein Vorstoss angenommen. Der Witz daran: Dieser dient keinem der beiden Ziele, sondern der Stromversorgung.

Obwohl es zumindest bei der ausserordentlichen Session zum Thema Entlastungsmassnahmen berechtige Diskussionen gab. Die FDP hat sich aber konsequent gegen alle Vorstösse ausgesprochen. Denn der Bundesrat ist bereits aktiv geworden und arbeitet in einer Arbeitsgruppe an wirksamen Massnahmen. Als Konsequenz davon hat die FDP auch ihren Fraktionsvorstoss zurückgezogen. Anstatt künstlich über kurzfristige Konjunkturpakete in den Markt einzugreifen, wie beispielsweise bei den steigenden Treibstoffpreisen gefordert wird, ist es viel zielführender, mittel- bis langfristige Reformen zu lancieren, welche die Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft nachhaltig entlasten. Bereits jetzt Giesskannenlösungen in Form von Gutscheinen oder Vergünstigungen zu fordern, ist nicht zielführend und je nachdem sogar kontraproduktiv. Leider hat nun auch die Mitte realisiert, dass sie dieses Spiel mitspielen könnte und bereits für die Herbstsession zusammen mit der SP eine ausserordentliche Session zu Prämienentlastungen eingefordert. Meine waghalsige Prognose: Sie wird ausserordentlich viel verändern...

## 6.3.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

<u>22.3630</u> Mo. Fraktion RL *(Sprecher NR Nantermod).* Neuer Status für Selbstständige in Plattform-Beschäftigung – soziale Absicherung sicherstellen

## **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, einen neuen Status für selbstständige Plattformarbeitende zu schaffen. Damit soll für Dienstleistungserbringende im Rahmen der Plattformarbeit Rechts- und Planungssicherheit geschaffen werden, welche die von ihnen gewünschte Flexibilität ermöglicht und eine Absicherung gegen gewisse soziale Risiken garantiert. Dieser neue Status kann im Obligationenrecht festgehalten werden als alternative Form des Arbeitsvertrags.

## Begründung

Der Bundesrat kommt in seinem Bericht "Digitalisierung - Prüfung einer Flexibilisierung des Sozialversicherungsrechts" zum Schluss, dass der Plattformökonomie ein grosses volkswirtschaftliches Potential innewohnt. Trotzdem weigert er sich bis dato, die gesetzlichen Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Dies hat zur Folge, dass zahlreiche internationale Digitalunternehmen die Schweiz meiden und ihr Angebot hierzulande nicht anbieten. Zeitgleich wird damit die Gründung und das Wachstum neuer Schweizer Firmen erschwert bzw. unnötig verkompliziert.



Dienstleistungserbringende aus diversen Branchen haben in den vergangenen Jahren begonnen, ihre Dienstleistungen über Plattformen anzubieten – von Gärtnern, Reinigungsfachkräften, über Kuriere bis hin zu Buchhaltern und Beratern. Diese Entwicklung wird je länger je mehr von der Praxis der Vollzugsbehörden und den Gerichten in Frage gestellt. Nicht zuletzt hat dies das Bundesgerichtsurteil über Uber in Genf aufgezeigt. Die Vorteile der Flexibilisierung der Arbeitswelt sollen jedoch auch Dienstleistenden in der Schweiz zu Verfügung stehen, ohne dass dies auf Kosten einer genügenden sozialen Sicherheit geschieht.

Um die Entwicklung dieser potentiell volkswirtschaftlich wichtigen Branche nicht noch länger zu gefährden und die bestehende Unsicherheit bezüglich der Sozialversicherungen zu beheben, wird der Bundesrat aufgefordert, einen neuen Status für Selbstständige in Plattform-Beschäftigung zu definieren. Damit würde auch das Unternehmertum gefördert.

Der verbindliche Inhalt des neuen Status muss so gering wie möglich gehalten werden und in erster Linie einen verhältnismässigen Sozialversicherungsschutz in Bezug auf die Altersvorsorge umfassen. Die Vertragsparteien sollten sich beide vertraglich zu diesem neuen Status bekennen und sozialpartnerschaftliche Lösungen sollen dabei erhalten bleiben.

## 6.4. Herbstsession – Session d'automne

12. September bis 30. September 2022

## 6.4.1. Ein energie- und klimapolitisches Abschlussfeuerwerk

«Never waste a good crisis». Das hat mal ein ziemlich bekannter Premierminister aus Grossbritannien gesagt. Geleitet von dieser Inspirationsquelle haben sich der kleine und grosse Rat in der Herbstsession mit mutigen Vorschlägen überboten, um vor allem in den energie- und klimapolitischen Dossiers überaus rasch vorwärtszumachen. In für die Schweiz rekordverdächtigem Tempo wurden dringliche Gesetzgebungen verabschiedet, mehrere Milliarden Franken an Rettungsgeldern für ein bereits staatliches Unternehmen gesprochen oder mit unüblicher Gelassenheit die Frage der Verfassungsmässigkeit von neuen Gesetzen übersehen.

Der sonst für die Schweiz übliche langsame Gesetzesprozess, der die Eidgenossenschaft in der Vergangenheit vor vielen Dummheiten geschützt hat, konnte dank dem Krisenmodus umgangen werden. Und das wurde entsprechend auch ausgenutzt. Obwohl sich die FDP in dieser hektischen Phase mit Vernunft und Verstand dagegen gewehrt hat, wurden in den vergangen drei Wochen doch einige fragwürdige Beschlüsse gefasst, wie im <u>Sessionsbericht</u> nachgelesen werden kann.

Und wenn es schon brennt, dann darf natürlich auch kein Rücktritt eines Bundesrates fehlen. Diese Überraschung rundete die eher wilde Herbstsession mit einem Abschlussfeuerwerk ab. Ganz im Sinne des Urhebers dieses Editorials bot diese Session also nochmals alles, was ein parlamentarischer Gourmand sich zum Abschluss einer langjährigen Karriere als wissenschaftlicher Mitarbeiter und danach Fraktionssekretär der besten Fraktion im Bundeshaus wünscht. Ein würdiges Ende, das ich mit einem herzlichen Dankeschön an das ganze Fraktionssekretariat ergänzen möchte, das wie üblich während einer Session einen Extra-Effort geleistet hat. Ihr seid die Besten!

#### 6.4.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

<u>22.3899</u> Mo. Fraktion RL (Sprecherin NR Vincenz-Stauffacher). Stromproduktionsanlagen für erneuerbare Energie sofort und verpflichtend umsetzen

#### **Text**

Der Bundesrat wird aufgefordert, diverse hängige Projekte von Stromproduktionsanlagen aus den erneuerbaren Energien Wasser, Sonne, Wind und Geothermie über referendumsfähige Spezialgesetze umzusetzen und darin die Bündelung, Vereinfachung und Beschleunigung der Prozesse explizit festzuhalten. Dadurch sind Projekte von insgesamt rund 4 TWh zusätzlicher Stromkapazitäten möglichst schnell zu realisieren. Es sind folgende Schwerpunkte zu legen:

- 1. Wasserkraft: Alle baureifen Projekte für den Aus- und Neubau von Wasserkraftwerken mit einer Leistung von grösser als oder gleich 40 GWh pro Jahr
- 2. Photovoltaik: Projekt Gondosolar & Projekt Grengiols-Solar
- 3. Windkraft: Alle hängigen Gross-Projekte (grösser als oder gleich 20 GWh pro Jahr) gemäss Swiss Eole
- 4. Geothermie: Projekt Haute-Sorne (JU).

## Begründung

Die Beschleunigung des Ausbaus von erneuerbaren Anlagen ist eine zentrale Bedingung, um die Versorgungssicherheit der Schweiz zu gewährleisten und die Abhängigkeit von Stromimporten zu reduzieren. Das ist umso wichtiger in Anbetracht der Tatsache, dass der Stromverbrauch bis 2050 massiv zunehmen wird. Die vom Bundesrat in der Vernehmlassung vorgeschlagene Vorlage für die



Beschleunigung der Bewilligungsprozesse setzt zwar den Finger auf einen wunden Punkt, geht aber deutlich zu wenig weit und wird kaum wirkliche Beschleunigungen ermöglichen.

Es braucht darum eine gesetzliche Verpflichtung für den Neu- und Ausbau von Stromproduktionsanlagen aus erneuerbarer Energiequelle. Dies soll durch Spezialgesetze ermöglicht werden, die die Realisierung einzelner, baureifer Projekte gesetzlich festschreiben. Diese Projekte in der Wasser-, Solar- und Windkraft sowie Geothermie sollen von deutlich kürzeren Bewilligungsprozessen profitieren, indem die Verfahren gebündelt, vereinfacht und beschleunigt werden. Das bedingt aber, dass in den Spezialgesetzen schon klar festgehalten wird, wie die beschleunigten Verfahren für das jeweilige Projekt definieren werden. Dabei sollen auch die laufenden Verbesserungen der gesetzlichen Grundlagen z.B. im Raumplanungsgesetz oder Umweltschutzgesetz mitberücksichtigt werden. Auch wenn mit der Beschleunigung der Verfahren die Beschwerdemöglichkeiten eingeschränkt würden, bleiben die demokratischen Mitsprachrechte trotzdem gewahrt, weil die Vorlagen referendumsfähig zu definieren sind.

### 22.3903 D.lp. Fraktion RL (Sprecher NR Jauslin). Energieversorgung. Licht ins Dunkel bringen!

#### **Text**

Die Schweiz wie auch Europa stehen im kommenden Winter vor der ausserordentlichen Herausforderung einer ernsten Energiemangellage. Sowohl bei den fossilen Energieträgern als auch beim Strom ist mit Versorgungslücken zu rechnen, die sowohl für die Gesellschaft wie auch die Wirtschaft schwerwiegende Folgen haben können. Zudem führen die Verwerfungen an den Energiemärkten und die massiv steigenden Strompreise zu volkswirtschaftlichen Schäden, sollten sie noch lange anhalten. Darum fordern wir den Bundesrat dazu auf, dringlich folgende Fragen zu beantworten.

- 1. Wie viel der geforderten Gas-Reserven konnten bereits für den kommenden Winter beschafft werden? Wie weit ist die Schweiz in der Verhandlung mit den Nachbarländern für vertragliche Vereinbarungen, um Liefer-Garantien für die bestellten Gasreserven zu erhalten? Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass die Verträge in einer Notlage eingehalten werden? Sind Gasspeicher in der Schweiz (mit privaten Anbietern) geplant und wie würde sich der Bund engagieren?
- 2. Als Teil der Kaskade einer Gas-Mangellage soll das Umschalten bei Zweistoffanlagen von Gas auf Öl verordnet werden. Der daraus resultierende Mehrbedarf an Öl könnte ebenfalls zu Knappheiten führen. Das untermauern auch die Pflichtlagerunterschreitungen bei Mineralölprodukten. Wo steht die Schweiz bezüglich der kurzfristigen Verfügbarkeit sowie den Reserven mit Öl?
- 3. Bei den verordneten Notfall-Massnahmen zugunsten der Stromversorgung sollen in einem 2. Schritt Grossverbraucher in die Pflicht genommen werden. Wie wird sichergestellt, dass die Einschränkungen mit möglichst geringen (finanziellen) Schäden z.B. dank marktwirtschaftlichen Mechanismen erfolgen?
- 4. Ein wichtiger Grund für die kritische Ausgangslage im europäischen Strommarkt ist u.a. die Ausserbetriebnahme diverser französischer Kernkraftwerke. Wie weit ist der Bundesrat darüber informiert, ob und welche dieser Werke wieder in Betrieb sein werden für diesen Winter?
- 5. Bereits ab 2025 könnte die Schweiz aufgrund der ungeklärten Ausgangslage bei den Bilateralen noch stärker aus dem europäischen Strommarkt ausgeschlossen werden. Das hätte weitreichende Konsequenzen auf die kurzfristige Verfügbarkeit von Stromimporten und die Netzstabilität. Wie weit ist der Bundesrat in den Verhandlungen, um die Integration im europäischen Strommarkt auf technischer Ebene sicherzustellen?

#### Stellungnahme des Bundesrates vom 23.9.2022

- 1. Die fünf regionalen Gasnetzbetreiber sind per Verordnung dazu verpflichtet, 15 Prozent des durchschnittlichen Schweizer Jahresverbrauchs an Erdgas im Ausland zu speichern sowie 20 Prozent des Winterverbrauchs in Form von Optionen zu erwerben. Diese Ziele wurden gemäss dem Verband der Schweizerischen Gaswirtschaft Ende August 2022 erreicht. Nach den Informationen, die der Bund direkt von den regionalen Gasnetzbetreibern erhalten hat, sind die für die Speicherung reservierten Kapazitäten weitestgehend gefüllt. Die Verhandlungen mit Deutschland über ein Solidaritätsabkommen sind im Gang. Jene mit Italien sind aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Regierungsbildung momentan ausgesetzt. Frankreich hat wenig Interesse an einem Solidaritätsabkommen bekundet. Bei den Gesprächen geht es um eine Zusammenarbeit im Falle einer Mangellage. Es gibt jedoch keine absoluten Garantien für den Zugang zu den Speicheranlagen, weder unter EU-Mitgliedstaaten noch für die Schweiz. Die Solidaritätsabkommen betreffen auch nicht den Zugang zu Speicheranlagen, sondern die Versorgung von sogenannt geschützten Kunden gemäss einem speziellen Verfahren. Was den Bau von Speicheranlagen auf Schweizer Boden betrifft, so wird dem Bundesrat ein Bericht über die verschiedenen Möglichkeiten unterbreitet. Aus technischen Gründen können diese Gasspeicher auf Schweizer Boden nicht kurzfristig realisiert werden.
- 2. Die Gasimporteure legen ergänzend ein Pflichtlager an Heizöl für Kunden mit Zweistoffanlagen an. Die Pflichtlagerunterschreitungen bei Mineralölprodukten wurden im Wesentlichen aufgrund des Zusammentreffens von niedrigen Rheinpegelständen, Problemen der internationalen Bahnlogistik und wegen den tiefen Lagerbeständen bei den Lieferanten in der Schweiz aufgrund des Krieges in der



Ukraine bewilligt. Diese Massnahmen werden bis Ende September in Kraft sein und ab dem 3. Oktober durch die Pflichtlagerfreigabe mit Lieferpflicht abgelöst. Dadurch wird es möglich, die kurz- und mittelfristige Verfügbarkeit zu gewährleisten.

- 3. Die Privatwirtschaft kann eigenverantwortlich marktbasierte Massnahmen ergreifen, um den Stromverbrauch zu senken. Als äusserste Massnahme können Grossverbraucher mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100 MWh kontingentiert werden. Die Organisation für Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen OSTRAL hat ab September 2021 eine Sensibilisierungskampagne bei den rund 32 000 Grossverbrauchern durchgeführt, damit sie sich auf eine mögliche Kontingentierung vorbereiten können. Eine solche Kontingentierung, um die Stabilität des Stromnetzes im Falle einer schweren Mangellage zu gewährleisten, ist eine verhältnismässige und notwendige Massnahme, die dazu beiträgt, den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen. Diese Massnahme wird jedoch erst dann ergriffen, wenn marktbasierte Massnahmen und andere Beschränkungen ausgeschöpft sind.
- 4. Der Bundesrat verfolgt die Lage in Frankreich aufmerksam und tauscht sich mit den zuständigen Behörden in Frankreich aus.
- 5. Die EU ist zurzeit daran, die einschlägigen EU-Netzwerk-Kodizes zu revidieren. Der Bundesrat wie auch die Swissgrid und ElCom haben ihre diesbezüglichen Anliegen im Rahmen der öffentlichen Konsultation und bei Kontakten mit EU-Mitgliedsstaaten dargelegt.

Der Bundesrat ist bestrebt, eine Klausel einfügen zu lassen, die die Berücksichtigung der Schweiz, in der bis 2025 geplanten Reform der Grenzkapazitätsberechnungen festhält. Eine solche Klausel würde zu mehr Rechtssicherheit in der Schweiz betreffend die Verfügbarkeit von kommerziellen Importkapazitäten bei der Weiterentwicklung des EU-Strombinnenmarktes führen.

# <u>22.3954</u> Mo. Fraktion RL (Sprecher NR Wasserfallen). Energiesparmassnahmen konkret. Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Von der Wochen- zur Jahresarbeitszeit

#### Text

Der Bundesrat wird beauftragt, umgehend einen Vorschlag zur Anpassung des Arbeitsrechts vorzulegen, um die Arbeitszeit flexibilisieren zu können. Diese Änderung ist mit der Zielsetzung verbunden, dass in den Wintermonaten Energie gespart werden kann. Die Gesetzgebung ist so zu gestalten, dass die Unterstellung unter ein Jahresarbeitszeitmodell möglich ist. Dies soll durch folgende Ergänzung erfolgen:

Bestimmte Wirtschaftszweige, Gruppen von Betrieben oder Arbeitnehmenden können über den Verordnungsweg von der Einhaltung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit befreit werden, sofern die betroffenen Arbeitnehmenden einem Jahresarbeitszeitmodell unterstellt sind, durch das im Jahresdurchschnitt die Höchstarbeitszeit eingehalten wird.

#### Begründung

Damit soll ein Anreiz geschaffen werden für Energiesparmassnahmen durch freiwillige temporäre Schliessungen von Produktionsstätten und Betrieben. Gerade Branchen, die die Möglichkeit haben, in den kritischen Wintermonaten ihren Betrieb zu drosseln, sollen von flexibleren Arbeitszeiten Gebrauch machen können. Um die dadurch entstandenen Ausfälle im Verlaufe des Jahres zu kompensieren, muss eine Flexibilisierung des Arbeitsrechtes möglich sein. Hierfür soll die Jahresarbeitszeit eingeführt werden können.

# <u>22.4021</u> Po. Fraktion RL (Sprecherin NR Vincenz-Stauffacher). Erhalt der bestehenden Kernkraftwerke als langfristige Option gegen eine Stromlücke

### Text

Der Bundesrat wird aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, welche regulatorischen oder finanzpolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssten, um den Erhalt der bestehenden Kernkraftwerke zugunsten eines Langzeitbetriebs zu ermöglichen und gleichzeitig die Sicherheit dieser Werke zu gewährleisten. Der Bundesrat soll dabei in diversen Optionen aufzeigen, wie die u.a. die Kostenstruktur der Betreiber entlastet oder zusätzliche finanzielle Anreize geschaffen werden könnten, um die nicht-amortisierbaren Investitionen in die Sicherheit zugunsten eines Langzeitbetriebs von Kernkraftwerken zu decken.

## Begründung

Die Kernkraft hat im heutigen Strommix der Schweiz einen zentralen Anteil von rund 30 Prozent, der vor allem in den kritischen Wintermonaten einen hohen Beitrag zur Versorgungssicherheit leistet. In Anbetracht der diversen Herausforderungen der langfristigen Stromversorgung wie der steigende Verbrauch bis 2050 u.a. in Folge der Dekarbonisierung braucht es auch in der näheren Zukunft einen breiten Strommix aus Wasserkraft, Kernenergie und neuen Erneuerbaren. Obwohl es keine Laufzeitbeschränkung im jetzigen Kernenergiegesetz gibt, ist der Betrieb der bestehenden Kernkraftwerke aber zeitlich begrenzt. Die zwei möglichen Gründe für Stilllegungen sind der Faktor Sicherheit und der Faktor der Wirtschaftlichkeit. Letzterer war der Grund für die Stilllegung des KKW



Mühleberg. Der Faktor Sicherheit wird bei einer Laufzeit von rund 50 Jahren unberechenbarer. Unklar ist dabei vor allem, wie viel Investitionen notwendig sind, um eine längere Laufzeit mit genügend hohen Sicherheitsbedingungen zu erreichen. Zudem ist unklar, wie sich die weltweiten Sicherheitsanforderungen entwickeln werden. Damit in diesem Kontext nicht rein betriebswirtschaftliche Gründe den Ausschlag für eine Abschaltung von bestehenden Kernkraftwerken geben, braucht es bereits jetzt Abklärung zugunsten eines sicheren Langzeitbetriebs sowie die Klärung der genannten Unsicherheiten. Die dafür notwendigen Hintergrundinformationen u.a. zu den regulatorischen Rahmenbedingungen soll der Bundesrat in einem Bericht zusammentragen.

<u>22.4022</u> Po. Fraktion RL (Sprecher NR Dobler). Potential von Digitalisierung und Datenmanagement im Gesundheitswesen nutzen: Die Schweiz braucht eine übergeordnete Digitalisierungsstrategie!

#### Text

Der Bundesrat wird beauftragt, eine übergeordnete Strategie zu den Themen Digitalisierung und Datenmanagement im Gesundheitswesen zu erarbeiten und dem Parlament vorzulegen.

- 1. Diese Strategie soll folgende Ziele verfolgen:
  - Erhöhung der Transparenz dank Vollständigkeit, Aktualität, Vergleichbarkeit und verbesserter Darstellung der relevanten Daten
  - Stärkung der Wahlfreiheit für Patientinnen und Patienten
  - Stärkung des Qualitätswettbewerbs
  - Erhöhung der Behandlungsqualität (Indikations- und Ergebnisqualität) und Patientensicherheit
  - Erhöhung der Effektivität und Effizienz sowie Reduktion der Bürokratie und damit Erzielung von Einsparungen
  - Datenschutz unter Berücksichtigung der Verhältnismässigkeit sowie des öffentlichen Interesses
  - Die Bewältigung von Gesundheitskrisen ist bei der Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie zu berücksichtigen
- 2. Die Strategie und deren Umsetzung sollen Lösungen zu inhaltlichen (Datenmanagement) und technischen Aspekten bringen.
  - Inhaltliche Aspekte: Es braucht regulatorischer Rahmenbedingungen und richtige Anreize, damit die vorhandenen Daten gesammelt, kuratiert, geteilt und damit deutlich besser genutzt werden können.
  - Technische Aspekte: Hürden beim Datenaustausch müssen abgebaut werden. Auch hierzu braucht es regulatorische Rahmenbedingungen und richtige Anreize sowie gemeinsame Standards.
- 3. Hierzu sind Erfahrungen aus dem Ausland beizuziehen.
- 4. Die Strategie soll die zu bearbeitenden Themenbereiche bezeichnen und Wege zur Zielerreichung aufzeigen. Die hierfür erforderlichen Ressourcen (finanziell/personell) sowie notwendige Teilschritte sind zu beschreiben.

#### Bearünduna

In den meisten Politikfeldern verfügt die Schweiz über eine übergeordnete Langzeitstrategie. Das Potenzial von Digitalisierung und Datenmanagement im Gesundheitswesen ist enorm und unbestritten. Dieser Umstand erklärt die zahlreichen parlamentarischen Vorstösse, die in den letzten Jahren dazu eingereicht wurden. Beinahe allen diesen Vorstössen liegen dieselben Probleme zugrunde. Damit die Digitalisierung im Gesundheitswesen endlich vorankommt, braucht es eine übergeordnete Digitalisierungsstrategie. Diese dient dazu, dass die Einzelprojekte koordiniert und zu einer gesamtheitlichen übergeordneten Digitalisierungsstrategie im Gesundheitswesen zusammengeführt werden.



## 6.5. Wintersession – Session d'hiver 28. November bis 16. Dezember 2022

#### 6.5.1. Alles neu macht der Dezember

Nun also doch. Die Schweizer Regierung hat eine lateinischsprachige Mehrheit. Die Mission Honigkuchenpferd (NZZ) war erfolgreich. Mit Elisabeth Baume-Schneider wurde die erste jurassische Bunderätin gewählt. Daneben marschierte ganz ohne missionarischen Eifer dafür mit einem klaren Plan Albert Rösti ebenfalls in den Bundesrat. Als Aussenstehender konnte man beobachten, wie unaufgeregt Rösti und seine Parteileitung agierten. Der interne Wahlkampf gelang ohne Nebengeräusche und endete mit dem logischen Sieger. Ganz anders war die SP unterwegs. Verkrampft, planlos und ohne taktisches Geschick traten die Genossen in viele Fallen und Fettnäpfchen.

Doch das ist alles Schnee von gestern. Im neuen Jahr starten drei Bundesräte in neuen Departementen. Allen voran Karin Keller-Sutter, die das wichtige Finanzministerium übernimmt. Der FDP-Bundesrätin ist zuzutrauen, dass sie mit dem Inhalt der Staatskasse haushälterisch umgeht. FDP-Bundesrat Ignazio Cassis bleibt Aussenminister und kann in seinem angestammten Departement von den Erfahrungen und Kontakten aus seinem erfolgreichen Präsidialjahr profitieren.

Albert Rösti und Elisabeth Baume-Schneider hingegen dürfen nicht in den Winterschlaf fallen und müssen schon kurz nach ihrem Amtsantritt wichtige Weichen stellen. Allen voran muss Albert Rösti die grossen Probleme im Energiedepartment lösen, die seine Vorgängerin gekonnt ignoriert hat. Gelingt es Rösti nicht, schnell für mehr Energie zu sorgen und die Versorgungssicherheit zu garantieren, dann droht der Schweiz im schlimmsten Fall ein Blackout. Baume-Schneider hat das Glück, dass ihre Vorgängerin gute Arbeit geleistet hat, das heisst aber nicht, dass sie sich auf den Lorbeeren ausruhen kann.

Natürlich gab es nicht nur Bundesratswahlen, sondern es wurde auch Politik gemacht. Unsere National- und Ständeräte waren dabei sehr erfolgreich. Doch lesen Sie selbst. Zudem möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei meinem Vorgänger, Michael Mandl, zu bedanken. Er hat mir den Einstieg in meine erste Session leicht gemacht. Doch natürlich ist das keine One-Man-Show. Auch das Ganze Team und die weiteren Mitglieder des Generalsekretariats haben eine tolle Leistung erbracht! Ich wünsche Ihnen erholsame Festtage und einen guten Rutsch.



# 7. Nahestehende Organisationen

## 7.1. FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

#### Susanne Vincenz-Stauffacher, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Auch das Jahr 2022 stand für die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz ganz im Zeichen unserer eidgenössischen Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung. Doch auch neben den Unterschriften-Sammelaktionen waren die FDP.Die Liberalen Frauen aktiv und haben sich zu diversen Sachthemen vernehmen lassen.

## 7.1.1. Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen

Nachdem die FDP.Die Liberalen Frauen in den Jahren 2020 und 2021 aufgrund der Corona-Pandemie digitale Generalversammlungen durchführen mussten, freute es umso mehr, sich dieses Jahr wieder physisch treffen zu können. Die Veranstaltung vom 21. Mai 2022 fand in der «Sandoase» im Dreiländereck im Rheinhafen Basel statt. Gastgeberin Tamara Alù, Präsidentin der neu aktivierten FDP Frauen Sektion Basel-Stadt, freute sich ganz besonders, die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz in ihrem ersten Präsidialjahr in Basel begrüssen zu dürfen.

Neben einer Statutenrevision und der Wahl von neuen nationalen Delegierten stand insbesondere die Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung im Zentrum der Versammlung. Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher schaute erfreut auf die vergangenen Monate und die intensiven Bemühungen an diversen Unterschriften-Sammelaktionen zurück, mahnte jedoch auch, dass das Projekt noch nicht im Ziel und ein fulminanter Schlussspurt essenziell für den Erfolg der Unterschriftensammlung sei. Nach einem gemütlichen Stehlunch, welcher für den intensiven persönlichen Austausch genutzt wurde, durften wir Herrn Florian Rötlingshöfer, Direktor der Schweizerischen Rheinhäfen, als Referenten begrüssen. Er gab uns einen interessanten Einblick in die Bedeutung der Rheinhäfen als Schweizer Tor zur Welt und über den Handelsbetrieb auf dem Binnenrhein.

#### 7.1.2. Veranstaltungen 2022

Neben diversen Sammelaktionen und Veranstaltungen im Rahmen der Unterschriftensammlung für die eidgenössische Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung, an welchen sich die FDP.Die Liberalen Frauen regelmässig und tatkräftig beteiligten, wurden auch Veranstaltungen zu diversen anderen Themen durchgeführt.

So liessen sich die Geschäftsleitungsmitglieder (GL), die Mitglieder der Parteipräsidentinnenkonferenz (PPK) sowie interessierte Mitglieder am 7. Februar 2022 in einer Online-Veranstaltung von hochkarätigen Referenten über das Thema Stromversorgungssicherheit informieren. Prof. Dr. Andreas Pautz, Leiter des Forschungsbereichs Nukleare Energie und Sicherheit am Paul Scherrer Institut und Professor für Nukleartechnik an der ETH Lausanne, Michael Frank, Direktor des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen, sowie Hans-Peter Stöckl, Director und CTO von EIC Partners, informierten über die Entwicklungen in den Bereichen der Nuklearenergie, der Strommarkt-Situation und hinsichtlich der erneuerbaren Energien. Diese Informationen wurden in der Folge als Grundlage genutzt, um eine konsolidierte Position der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz zur Resolution zur Stromversorgungssicherheit der FDP.Die Liberalen Schweiz zur fassen.

In einer weiteren Online-Veranstaltung wurde das Thema familienexterne Kinderbetreuung thematisiert. Während Nationalrätin Simone de Montmollin zu den Bestrebungen für eine verbesserte Finanzierung von familienexterner Kinderbetreuung auf Bundesebene referierte, präsentierte Dr. Sara Carnazzi Weber, Head of Policy & Thematic Economics bei der Credit Suisse, ihre Studienergebnisse zu den Kinderbetreuungskosten im regionalen Vergleich. FDP-Landrat Dr. Balz Stückelberger, Präsident von Familycare Basel, gab wertvolle Einblicke in die Herausforderungen der privaten Kita-Branche. Die präsentierten Inputs dienten später als Diskussionsgrundlage für die Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz zur parlamentarischen Initiative 21.403 (Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung).

Weiterhin digital fanden die GL- und PPK-Sitzungen statt, was auch nach der Pandemie weitgehend weitergeführt werden soll. So wollen wir unsere Sitzungen effizienter gestalten und die Beteiligung von Vertreterinnen aus allen Landesteilen fördern.



## 7.1.3. Eidgenössische Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung»

Am 9. März 2021 war der offizielle Startschuss für die 18-monatige Sammelphase der Individualbesteuerung gefallen. Mit der Initiative wollen die FDP.Die Liberalen Frauen endlich die steuerliche Ungleichbehandlung von verheirateten Zweiverdienerehepaaren beenden. Nach dem Jahreswechsel und den eher ruhigen Wintermonaten wurden im Frühjahr wieder vermehrt Standaktionen durchgeführt. Die FDP.Die Liberalen Frauen konnten dabei auf die wertvolle Mithilfe von diversen Kantonal- und Ortsparteien zählen.

Nach einem fulminanten Schlussspurt konnte die Initiative am 9. September 2022 im Beisein zahlreicher Unterstützerinnen und Unterstützer mit über 112'000 gültigen Unterschriften bei der Bundeskanzlei in Bern eingereicht werden. In der Folge wurde die Volksinitiative formell als gültig erklärt. Bereits im Dezember präsentierte der Bundesrat den Gesetzesentwurf zur Einführung der Individualbesteuerung, für welchen die Vernehmlassungsfrist nun bis Mitte März 2023 läuft. Den erfolgreichen Abschluss der Sammelphase konnten die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz am Tag der FDP vom 22. Oktober 2022 in Burgdorf gemeinsam mit der ganzen FDP-Familie feiern. Wir danken allen Beteiligten herzlich für ihren enormen Einsatz, den sie für das Gelingen dieses Vorhabens geleistet haben. Es ist schön zu sehen, was das Team FDP gemeinsam erreichen kann, und wir sind überzeugt, dass wir den «Drive» aus diesem Projekt auch für das laufende Wahljahr mitnehmen können.



## 7.2. FDP.Die Liberalen Service Public

#### Daniel Seiler. Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

#### 7.2.1. Veranstaltungen 2022

Der Beginn des Vereinsjahres 2022 stand nach wie vor unter dem Einfluss der Corona-Pandemie, physische Anlässe waren bis April nicht möglich. Diese Unsicherheit hat es erschwert, für 2022 frühzeitig Anlässe zu planen oder Referenten einzuladen, denn hier sind jeweils grosse Vorlauffristen notwendig. Dennoch ist es uns gelungen, auch in diesem Jahr spannende Anlässe zu organisieren. Begonnen haben wir das Vereinsjahr mit gemeinsamen Anlässen zusammen mit der Groupe Romand PLR der FDP Stadt Bern, dabei ein Netzwerkanlass im Rahmen der Grossratswahlen sowie ein gemeinsamer Theaterbesuch.

Ein Highlight war der Besuch des Bundesstrafgerichts in Bellinzona im September, ein langer Ausflug bei bestem Wetter und 27 Grad (jedenfalls im Tessin) und leckerer Verpflegung. Begonnen haben wir den Ausflug am Bahnhof in Bern und der gemeinsamen Anreise via Luzern, zunächst noch bei grauem und regnerischem Wetter. Das Tessin hat uns dann aber mit viel Sonnenschein begrüsst. In Bellinzona angekommen, wurden wir mit einem traditionellen Mittagessen verwöhnt, von welchem wir zu Fuss direkt zum Bundesstrafgericht gelangten. Das Gericht zeichnet sich durch eine bewegte Vergangenheit, komplexe Fälle und eine besondere Architektur aus. Wir durften hören und auch sehen, wie die Gerichtslinde das Funktionieren und die Ausgestaltung des Gerichts und der Gerichtssäle beeinflusst hat – nicht ganz alltägliche Einblicke also, ganz exklusiv für uns. Anschliessend fand bei Sommerwetter draussen ein schönes Apéro statt, bevor dann die Heimreise angetreten wurde. Ein Anlass, der uns noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Unsere Netzwerk-Mittagslunches in Bern haben wir im Jahr 2022 konsequent jeden Monat weitergeführt. Dabei hat uns nicht nur die rege Teilnahme von Mitgliedern sehr gefreut, sondern auch die regelmässige Anwesenheit von Jungfreisinnigen.

#### 7.2.2. Ausblick 2023

Fürs Jahr 2023 haben wir bereits einige spannende Ideen in der Pipeline. Es sind Anlässe mit Referenten sowie Besuche von besonderen Unternehmen und Orten geplant.



## 7.3. FDP International

#### Helen Freiermuth, Präsidentin FDP. Die Liberalen International

#### 7.3.1. Veranstaltungen 2022

Für die regelmässigen Sessionsrückblicke, die nicht nur unseren Mitgliedern den direkten Kontakt mit Parlamentariern ermöglichen, sondern ebenso wertvoll sind für die eingeladenen National- oder Ständeräte, haben wir an der digitalen Form festgehalten. Auch die GV haben wir online durchgeführt, um möglichst vielen unserer Mitglieder im Ausland die Teilnahme zu ermöglichen.

Ein besonderes Highlight war die Feier zum 30 Jahre-Jubiläum der FDP International. Während einer Schifffahrt vor eindrücklicher Kulisse auf dem Urnersee und bei schönstem Wetter liess Helen Freiermuth die Geschichte unserer Sektion nochmals aufleben. Am eigentlichen Festakt auf dem Auslandschweizerplatz in Brunnen würdigte der Parteipräsident Thierry Burkart die Bedeutung und Arbeit der FDP International. Mit einem Apero im Waldstätterhof liessen wir diesen gelungenen Anlass ausklingen.

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause wurde der Auslandschweizerkongress der ASO 2022 in Lugano durchgeführt. Wir waren mit einem Informationsstand vor Ort und konnten in persönlichen Gesprächen einige Teilnehmer als Mitglieder gewinnen.

## 7.3.2. Vorstand

Der Vorstand hat sich 2022 wieder zu monatlichen Online-Sitzungen getroffen, um die laufenden Geschäfte zu besprechen und vorzubereiten. An der Generalversammlung wurden zusätzlich zu allen bisherigen Vorstandsmitgliedern mit Walter Denz aus Russland und Thomas Arn aus Kanada zwei weitere Vertreter aus der 5. Schweiz gewählt, sowie Laurent Wehrli als Ersatz für den zurückgetretenen Damien Cottier als Vertreter des Parlaments. Thomas Arn und Helen Freiermuth sind gleichzeitig Delegierte im Auslandschweizerrat, Laurent Wehrli und Helen Freiermuth sind im Vorstand der Auslandschweizerorganisation. Der intensive Austausch zwischen der ASO und der FDP International ist damit gewährleistet.

#### 7.3.3. Auslandschweizer-Themen

Kernaufgaben der FDP International sind der Informationsaustausch mit liberalen Landsleuten im Ausland, ihre Einbindung in die politischen Entscheidungen und Prozesse in der Schweiz und das Engagement für die spezifischen Anliegen der Auslandschweizer. Seit Jahren stehen dabei die Themen E-Voting/E-Government, Zugang zu den Schweizer Banken und Verbesserungen bei den Sozialversicherungen im Vordergrund.

Als Basis für den Zugang und die einfachere Abwicklung von digitalen Dienstleistungen ist die Einführung einer E-ID unerlässlich. Leider wurde im Frühling 2021 eine entsprechende Vorlage vom Stimmvolk an der Urne verworfen, vor allem weil die Einführung durch private Unternehmen vorgesehen war. Die Lehren daraus wurden gezogen, und wir verfolgen gespannt die Schritte, die zu einer neuen Vorlage führen sollen. Im Übrigen werden wir auch weiterhin im politischen Prozess konsequent auf Auswirkungen für die Auslandschweizer aufmerksam zu machen.

#### 7.3.4. Ausblick auf 2023

Die FDP International wird die bewährten Veranstaltungen auch im nächsten Jahr wieder durchführen. Darüber hinaus werden uns die eidgenössischen Wahlen vom Herbst beschäftigen. Es geht darum, Wege zu finden, um das Potenzial der Wählerinnen und Wähler im Ausland für die FDP zu gewinnen. In einem Wahlmanifest werden wir unsere Positionen festhalten. Dieses wird auch Grundlage sein für die Identifizierung von Kandidatinnen und Kandidaten in den Kantonen, die wir als auslandschweizerfreundlich den Wählerinnen und Wählern empfehlen werden.

## 7.3.5. Vertretung der FDP in internationalen Organisationen

Die FDP International hat während Jahren das Mandat der FDP Schweiz wahrgenommen, um die Kontakte zu den internationalen Organisationen wie ALDE und Liberal International zu pflegen. In einer Neubeurteilung sind wir zusammen mit der Parteileitung zum Schluss gekommen, dass diese Aufgabe zurück ans Generalsekretariat, namentlich in den Aufgabenbereich des International Officers der FDP Schweiz gehen soll. Damit kommt diesem wichtigen Bereich der gebührende Stellenwert zu. Die FDP International bleibt wichtige Ansprechpartnerin und stellt insbesondere auch Mitglieder im Delegationspool. Somit bleibt gewährleistet, dass die FDP bei künftigen ALDE-Veranstaltungen die zugeteilten Delegiertenstimmen wahrnehmen kann.



#### 8. Anhang - Annexe

#### 8.1. Anhang A - Annexe A

## Vernehmlassungsantworten der FDP. Die Liberalen 2022

## Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2022

Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt Internet oder via http://www.fdp.ch/aktuell/vernehmlassungen/ http://www.plr.ch/actualites/consultations/ abgerufen werden: Tel. 031 320 35 35, E-Mail: info@fdp.ch

#### 8.2. Anhang B - Annexe B

## Mitglieder per 31. Dezember 2022 – Membres au 31 décembre 2022

## Präsident / Président

Burkart SR (AG) Thierry

## Vizepräsidenten / Vice-présidents

Caroni Andrea SR (AR) Nantermod **Philippe** NR (VS) Johanna Gapany SR (FR) Andri Silberschmidt NR (ZH)

Alessandra Gianella (TI) (seit Oktober 2022)

## **Vorstand / Comité directeur**

Fanzun Jon Generalsekretär

Cottier Damien NR (NE): ex-off Fraktionspräsident Schneeberger Daniela NR (BL): ex-off Vizepräsidentin der Faktion Wicki Hans SR (NW): ex-off Vizepräsident der Fraktion Seiler ex-off Präsident FDP Service Public Daniel

Vincenz-Stauffacher Susanne NR (SG): ex-off Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen

Müller Matthias ex-off Präsident Jungfreisinnige

Nünlist Stefan ex-off

Philippe SR (NE), Beisitzer Bauer Farinelli Alex NR (TI), Beisitzer

#### 8.3. Anhang C - Annexe C

## Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2022 – Comité du Groupe au 31 décembre 2022

## Mitglieder mit Stimmrecht

## Fraktionspräsident / Président du Groupe

Cottier Damien Nationalrat (NE)

## Vizepräsidenten / Vice-présidents

Schneeberger Daniela Nationalrätin (BL) Wicki Hans Ständerat (NW)



## Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem

>	Burkart	Thierry	Ständerat (AG), Parteipräsident
>	Caroni	Andrea	Ständerat (AR), Vizepräsident Partei
>	Johanna	Gapany	Ständerätin (FR), Vizepräsidentin Partei
>	Nantermod	Philippe	Nationalrat (VS), Vizepräsident Partei
>	Andri	Silberschmidt	Nationalrat (ZH), Vizepräsident Partei

## Gewählte Mitglieder / Membres élus

>	Bauer	Philippe	Ständerat (NE), gewähltes Mitglied
>	Bourgeois	Jacques	Nationalrat (FR), gewähltes Mitglied
>	Cattaneo	Rocco	Nationalrat (TI), gewähltes Mitglied

## Mitglieder ohne Stimmrecht

## Bundesräte / Conseillers fédéraux

Cassis IgnazioKeller-Sutter Karin

#### Partei ex.off / Parti ex.off

>	Fanzun	Jon	Generalsekretär (seit Januar 2022)
>	Steiner	Christian	Fraktionssekretär (seit Oktober 2022)
>	Bonvin	Arnaud	Kommunikationschef (seit November 2020)

## 8.4. Anhang D – Annexe D

## Kontakte - Contacts

(ab 1. Januar 2023 – le 1er janvier 2023)

## Generalsekretär FDP.Die Liberalen / Secrétaire général du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Jon Fanzun

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern fanzun@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 www.fdp.ch

## Präsidentin FDP. Die Liberalen Frauen / Présidente du PLR Femmes Suisse

Susanne Vincenz-Stauffacher

FDP Frauen

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

info@fdp-frauen.ch www.fdp-frauen.ch

#### Präsident FDP Service Public / Président du PLR Service Public

**Daniel Seiler** 

FDP Service Public, 3000 Bern vorstand@fdp-servicepublic.ch www.fdp-servicepublic.ch



## Präsidentin FDP. Die Liberalen International / Présidente du PLR International

Helen Freiermuth
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern
freiermuth@fdp-international.com